

Wir wollen Boote ohne Tote

Wie ein Staatenverbund, der bei einer Flüchtlingssituation wie der aktuellen, in der 800.000 Menschen bei dem Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen für Umsiedlungsprogramme registriert sind, nicht bereit sein kann, eine Zahl von 5000 Flüchtlingen aufzunehmen, ist mir ein Rätsel. Als würde es nicht reichen, Leute, die in „Nussschalen“ über das Mittelmeer „ge-reist“ sind, dabei Familie und Freunde verloren haben, wieder dorthin abzuschicken, wo ihnen Verfolgung, Folter und Menschenrechtsverletzungen drohen, möchte man ihnen jetzt auch noch unter militärischer Gewalt die einzige und letzte Chance, ein besseres Leben beziehungsweise überhaupt noch ein Leben zu führen, nehmen, indem man Schlepperboote vor der Küste Libyens zerstören lassen möchte. Glauben die Europäer etwa, den Flüchtlingen ist nicht bewusst, dass sie mit der Fahrt über das große Was-

ser ihr Leben aufs Spiel setzen? Dass sie nicht wissen, wie viele Menschen dabei bereits ums Leben gekommen sind? Das wissen sie sehr wohl, sie gehen das Risiko trotzdem bewusst ein, weil es ihre einzige, ihre letzte Chance ist. Anstatt Boote zu zerstören, sollte man richtige Boote bauen, um hilfsbedürftige Flüchtlinge sicher und legal nach Europa zu bringen. In Italien gab es eine Operation der Marine (Mare Nostrum), die 140 Millionen Euro investiert hat, um 150.000 Flüchtlingen das Leben zu retten, das sind 760 Euro pro Flüchtling. Jedoch wollte kein EU-Land Italien bei seiner Opera-

tion unterstützen und 140 Millionen Euro scheinen für einen EU-Haushalt, der 115 Milliarden beträgt, zu teuer zu sein, um jährlich beinahe 150.000 Menschenleben zu retten. Warum ein Land wie der Libanon (ca. so groß wie Oberösterreich) imstande ist, mehr als eine Million syrische Flüchtlinge aufzunehmen und es in Österreich mehr als 15 Monate gedauert hat, um nach medienwirksamer Ankündigung ein Kontingent von 500 syrischen Flüchtlingen aufzunehmen, ist mir unerklärlich und erscheint mir als menschenunwürdig und beschämend.

Lea Gehmacher, 5081 Grödig

Was nicht beschlossen wurde

25.4.2015

Menschen, die vor Verfolgung fliehen, haben weiter keine andere Möglichkeit zur Einreise nach Europa, als sich Schleppern anzuvertrauen.

Brüssel. Eine Verdreifachung der Mittel für die EU-Grenzschutzmission Triton auf knapp neun Millionen Euro monatlich und ein schärferes Vorgehen gegen das Schlepperwesen, darunter die Zerstörung von Flüchtlingsbooten – so lautet das Ergebnis des EU-Flüchtlingssondergipfels. Für die Flüchtlings-, Menschenrechts- und Hilfsorganisationen ist das viel zu wenig, sie übten am Freitag heftige Kritik an den Gipfelergebnissen.

Viele Probleme wurden gar nicht in Angriff genommen: Millionen sind im vergangenen Jahr aus den Bürgerkriegsländern Syrien und Somalia geflohen. Und dennoch konnte sich die EU nicht einmal dazu durchringen, 5000 von ihnen aufzunehmen. „Weil wir glauben, dass 5000 nicht genug sind“, versuchte die deutsche Kanzlerin Angela Merkel zu beruhigen. Anders äußerte sich ihr belgischer Kollege Charles Michel: „Es gibt einen klaren Widerstand gegenüber fixen Zusagen

aus Ländern, in denen es eine starke Anti-Migrations-Debatte gibt. Es war eine sehr harte Diskussion.“

Auch diskutiert die EU ein Resettlementprogramm für vom UNO-Flüchtlingshochkommissariat anerkannte Flüchtlinge bereits seit einem Jahr. Österreichs Innenministerin Johanna Mikl-Leitner gehört zu einer der stärksten Befürworterinnen einer solchen Initiative, auch weil sie sich einen Rückgang der Flüchtlingszahlen in Österreich erhofft, das gegenwärtig gemessen an der Bevölkerungszahl zu den Spitzenreitern bei der Flüchtlingsaufnahme innerhalb der EU zählt. Geschehen ist bisher praktisch nichts.

Fokus auf Grenzschutz

Vorerst werden also auch Menschen, die vor Verfolgung und Tod in ihren Herkunftsländern fliehen, keine andere Möglichkeit zur Einreise nach Europa haben, als sich Schleppern und ihren überfüllten Booten anzuvertrauen.



Der Kapitän des gekenterten Schiffes bleibt in U-Haft. Foto: reu/Parrinello

Wie sehr der Fokus auch weiterhin auf dem Grenzschutz liegen wird, zeigt ein weiterer Punkt in der Abschlusserklärung des Brüsseler Gipfels. Länder wie Tunesien, Ägypten, Sudan, Mali und Niger sollen stärker unterstützt werden, „um die Landgrenzen und Routen zu überwachen und

zu kontrollieren“, die Flüchtlinge auf dem Weg zum Mittelmeer nehmen. Und die EU will ein „neues Rückkehrprogramm“ auflegen, um jene, die in den Hauptankunftslandern Italien und Griechenland kein Asyl bekommen, schneller in ihre Herkunftsländer abzuschicken. Zudem hat die EU

den vor allem von Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen heftig kritisierten Vorsatz beschlossen, Schlepperboote vor der Küste Libyens zu zerstören.

U-Haft bestätigt

Indes hat eine Untersuchungsrichterin im sizilianischen Catania am Freitag beschlossen, dass der Kapitän des vergangene Woche mit 850 Menschen gekenterten Schiffes und ein Crewmitglied in Untersuchungshaft bleiben müssen.

Bei der ersten Anhörung in Catania beteuerten der 27-jährige tunesische Kapitän und der um zwei Jahre jüngere Syrer ihre Unschuld. Dem Kapitän werden bereits vielfache fahrlässige Tötung, Verursachen eines Schiffsuntergangs, Freiheitsberaubung und Beihilfe zur illegalen Einwanderung vorgeworfen. Vor der Abfahrt seien die Flüchtlinge zudem schwer misshandelt worden, sagte der Staatsanwalt von Catania nach Befragung von Zeugen. ■

Bildung für Asylanten

Schon mehrfach haben wir unsere kostenfreien Ausbildungsmöglichkeiten für alle ab 17 an der großen Wiener Abendschule (erfolglos) angeboten. Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, dass dasselbe Ministerium,

das Zuwanderer u. Asylanten „verwaltet“, deren Zugang zu Bildung zumindest nicht fördert, sondern eher bremst. Man scheint große Angst davor zu haben, dass Auszubildende über den Schulplatz an ein Visum gelangen könnten. Im abendlichen Schulbetrieb haben wir positive Erfahrungen gemacht, unsere 300 Studierenden haben etwa 26 verschiedene Nationalitäten. Bei Arbeitshaltung, Lernbereitschaft, Engagement und Disziplin können sie Bildungsinländer locker einholen und übertreffen, siehe technischule.at.

Alfred Pleyer

2344 Maria Enzersdorf

PRESSESTIMMEN

„Die EU sollte damit aufhören, Migranten wie Kriminelle zu behandeln, und ihre Grenzkontrollen als Kriegsführung zu deuten. Sie muss die Festung Europa abrüsten, die Einwanderungspolitik liberalisieren und legale Routen für Migranten schaffen. Solange die EU dies nicht will, wird das Mittelmeer ein Friedhof bleiben. Bei der nächsten Tragödie sollten wir uns daran erinnern: Die Politiker hätten dazu beitragen können, dies zu verhindern, aber sie haben sich dagegen entschieden.“

**„The New York Times“
zur europäischen
Flüchtlingspolitik**

25.4.2015

Ausbildung kann die Armutsmigration bremsen

Der humanitäre Helfer Rupert Neudeck wirbt für mehr Einsatz Europas in der Flüchtlingskrise.

5.5.2015

HELMUT UWER

SN: Ist das Boot jetzt voll in Deutschland?

Neudeck: Für die Verwaltung und die Politik ist das Boot seit 35 Jahren voll. Das ist eine bürokratische Formel, die nichts aussagt. In Westdeutschland haben wir nach dem Zweiten Weltkrieg bei einer total heruntergekommenen Wirtschaft zwölf Millionen deutsche Ostvertriebene aufgenommen.

SN: Aber das waren Deutsche, keine Ausländer...

Wir hatten damals sehr viele Probleme. Zum Beispiel galten die Stämme und die Konfessionen noch sehr viel. Das verursachte viel Zwiespalt und Neid. Zudem hat die Gesellschaft in den europäischen Staaten in den vergangenen Jahren durch die Globalisierung unseres Bewusstseins einen gewaltigen Fortschritt gemacht. Für uns ist es selbstverständlich, dass wir im Urlaub in fremde Kontinente fliegen. Und es macht uns nichts aus, dort fröhlich zu feiern.

SN: Was könnte die deutsche Regierung besser machen?

Erst einmal muss man sagen, dass Deutschland im Vergleich zu anderen Staaten in der Regel mehr tut als viele andere zusammen. Das muss man seiner eigenen Bevölkerung von Zeit zu Zeit auch mal zurufen.

Das andere ist, dass wir uns aus der Verpflichtung als europäisches Land klarmachen müssen, dass nicht vor unseren Augen gestorben werden darf, weder zu Wasser noch zu Land. Deutschland könnte jetzt, nachdem die italienische Marine ein halbes Jahr mit Bravour Menschen im Mittelmeer gerettet hat, den Stab übernehmen.

Dann könnte aus dieser einmaligen europäischen Aktion werden, wobei alle europäischen Staaten mit Marine abwechselnd den Stab übernehmen.

SN: Brauchen wir eine Quotenregelung für die Aufnahme von Flüchtlingen?

Ja, es sollte eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik geben, die die Lasten gleich verteilt.

SN: Was halten Sie von Aufnahmefanglagern in Nordafrika?

Das Wichtigste für die Menschen dort ist es, eine Berufsausbildung machen zu können. Dafür kämen

noch funktionierende Länder wie Tunesien, Marokko, Mauretanien oder Algerien infrage. Dort müssten mit Unterstützung der EU und einzelner nationaler Regierungen Berufsausbildungsschulen gebaut werden, wo einheimische und europäische Lehrer unterrichten. Damit

könnten sie in ihrer Heimat ein Gewerbe eröffnen. Mit meiner Organisation Grünhelme habe ich das in Mauretanien gemacht.

SN: Wie kann man das Schlepperwesen wirksam bekämpfen?

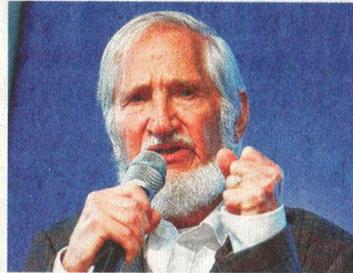
Nur durch die Möglichkeit für junge Menschen, in ihren Ländern ausgebildet zu werden oder auf legalem Weg eine Ausbildung in Europa zu absolvieren. Ich begrüße daher den Vorschlag der SPD für ein Einwanderungsgesetz. Seit Jahren haben Afrikaner kaum noch eine Chance, auch nur ein Besuchervisum für Deutschland zu erhalten.

Ich vermisste aber auch, dass die nord- und zentralafrikanischen Regierungen nach ihrem Anteil an der Verantwortung für dieses Drama gefragt werden.

SN: Ihr Schiff „Cap Anamur“ hat Tausende vietnamesische „Boat People“ gerettet. Was ist aus ihnen geworden?

Diese Menschen sind derart in der deutschen Gesellschaft anerkannt und respektiert, wie das bei keiner anderen ausländischen Herkunftsgruppe je so gewesen ist. Alle arbeiten. Alle haben Deutsch gelernt. Alle fühlen sich hier zu Hause.

Menschenretter & Menschenrechtler



Ende der 1970er-Jahre rettete Rupert Neudeck (heute 75) mit dem Schiff „Cap Anamur“ 11.300 vietnamesischen „Boat People“ das Leben. Später gründete er die Aktion Grünhelme. Er engagiert sich weiter für Menschen auf der Flucht. Das Boot in Europa sei noch nicht voll, sagt er.

Ministerin Mikl fordert:

**Flüchtlinge
zurück nach
Afrika bringen**



4.5. 2015

MIKL-LEITNER sagt Schleppern den Kampf an.

S. 8